

gen müssen. Der Strafwert wurde so hoch gesetzt. Die Lebensmittel, die die zwei jungen Frauen aus den Containern herausgenommen haben, wurden nicht mit Müll gleichgesetzt, sondern mit dem aktuellen Verkaufspreis der Lebensmittel bewertet. Dadurch kam das überhaupt zustande. Man hätte das Verfahren auch einstellen können. Da der Wert aber heraufgesetzt wurde, konnte man das Verfahren nicht mehr einstellen. Das ist Bayern. Das hätte man nicht machen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Man hat zwei junge Frauen, die etwas Gutes getan haben, staatsanwaltschaftlich verfolgt. Das ist wirklich ein Skandal.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Bayern darauf stolz ist, kann ich nur sagen: Na dann gute Nacht!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge getrennt. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

(Unruhe)

– ich darf um Ruhe bitten – empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/492 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen bitte! – FREIE WÄHLER, CSU und AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Enthaltungen, bitte! – Fraktion der FDP. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/493 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Herr Swoboda als fraktionsloser Abgeordneter. – Nein? – Entschuldigung; das war nicht zu sehen. Herr Swoboda nicht. Das war die Fraktion der FDP, die zugestimmt hat. Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER, CSU, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer u. a. und Fraktion (SPD)
Für ein soziales Europa: Europäischen Mindestlohn jetzt einführen!
(Drs. 18/760)

Ich weise nochmals darauf hin, dass namentliche Abstimmung beantragt ist. Erster Redner ist Kollege Markus Rinderspacher, SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der 1. Januar 2015 war ein großer Tag für den deutschen Sozialstaat. Am 1. Januar 2015 wurde nach einem jahrelangen Kampf der SPD und der Gewerkschaften endlich der Mindestlohn in Deutschland eingeführt und damit auch einem bayrischen Verfassungsgebot zur Verwirklichung verholten. Allein in Bayern profitierten damals 550.000 Menschen vom Mindestlohn, von Lohnerhöhungen von 15, 18, 20, 25 % zum 1. Januar.

Der Mindestlohn hatte zur Folge, dass die Kaufkraft im Land gestärkt wurde und dass die Renten stabilisiert wurden. Die vergleichsweise hohen Rentensteigerungen der letzten Jahre waren auch die Folge der Einführung des Mindestlohns. Der von den konservativen und liberalen Parteien und den Arbeitgeberverbänden prognostizierte Niedergang der deutschen und bayerischen Volkswirtschaft ist ausgeblieben. Nun gilt es, diese sozialpolitische Erfolgsgeschichte auch auf der europäischen Ebene auszubauen, zu harmonisieren und zu verstetigen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben nun die Chance. Das Europaparlament wurde gewählt, und zahlreiche Abgeordnete der folgenden Gruppierungen sprechen sich für den europäischen Mindestlohn aus: die europäische Linke, die europäische Sozialdemokratie, die europäischen GRÜNEN, Teile der europäischen Liberalen mit Emmanuel Macron, Teile der EVP. Wir denken an Jean-Claude Juncker, der 2014 damit sogar Wahlkampf gemacht hat.

Nun liegt es an der deutschen Ratspräsidentschaft, den europäischen Mindestlohn spätestens 2020 durchzusetzen. Schließlich steht er auch im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD, wo es heißt, es gelte nun, einen Rahmen für Mindestlohnuntergrenzen in den EU-Staaten zu entwickeln. Das ist auch notwendiger denn je; denn das Arbeitsleben in Europa verändert sich aufgrund des technischen Fortschritts, der Globalisierung und des Wachstums des Dienstleistungssektors in erheblichem Maße. Die neue Arbeitswelt wirft mit Blick auf Einkommen, Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitsbedingungen Fragen zur Qualität künftiger Arbeitsplätze auf.

Die sozialen Realitäten in Europa sind unterschiedlich, je nachdem, wo man lebt und arbeitet. In Europa gibt es eine Vielzahl von Beschäftigungsmustern, Löhnen und Gehältern. Einkommen und Sozialsysteme unterscheiden sich nach wie vor sehr stark. Deshalb gilt es, den Mindestlohn zu vereinheitlichen. Wir sagen nicht, dass es in Rumänien und Bulgarien die gleiche Mindestlohnhöhe wie bei uns in Deutschland geben soll. Wir schlagen aber eine Höhe von 60 % des Medianlohns vor. In Slowenien, Portugal und Frankreich ist das bereits der Fall. Wenn wir uns dies in Deutschland zum Maßstab nehmen, würde der Mindestlohn bei uns in Deutschland auf zwölf Euro steigen. Das wäre auch etwas für die deutsche Bevölkerung.

(Beifall bei der SPD)

Die Einführung einer europäischen Mindestlohnnorm ermöglicht das Vorgehen gegen Sozialdumping, Armut und wachsende Ungleichheit.

Noch einmal für alle einige Punkte, warum der Mindestlohn auf bayerischer, deutscher und auch auf europäischer Ebene von besonderer Bedeutung ist.

Erstens. Mindestlöhne verhindern Lohnarmut und schaffen würdige Arbeitsbedingungen; denn Mindestlöhne stellen sicher, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können und keine weitere Unterstützung vom Staat benötigen.

Zweitens. Mindestlöhne sorgen vor; denn "Niedriglöhne heute" heißt "Altersarmut morgen".

Drittens. Mindestlöhne entlasten den Staatshaushalt; denn es ist Aufgabe der Unternehmen, nicht des Staates, für existenzsichernde Einkommen zu sorgen.

Viertens. Mindestlöhne schaffen fairen Wettbewerb. Durch Lohndumping verschaffen Unternehmen sich nämlich unfaire Wettbewerbsvorteile zulasten ihrer eigenen Beschäftigten.

Fünftens. Mindestlöhne sorgen für Gerechtigkeit. Sie stoppen die Abwärtsspirale der Löhne, unter der immer häufiger auch Beschäftigte mit Berufsausbildung und Studium leiden.

Sechstens. Mindestlöhne fördern Gleichberechtigung. Sie schützen Frauen, die besonders oft von Niedriglöhnen betroffen sind, vor Lohnarmut und Abhängigkeit.

Und: Mindestlöhne schaffen Klarheit. – Damit komme ich zum Ende. – Mit Mindestlöhnen wissen Arbeitnehmer, was ihnen an Lohn zusteht. Sie werden nicht gezwungen, aus Unwissenheit Jobs anzunehmen, deren Bezahlung unterhalb des Branchenstandards oder gar unterhalb des Existenzminimums liegt. Deshalb: Jetzt der europäische Mindestlohn!

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: Herr Abgeordneter König, CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wenn der Deutsche Bundestag Anträge derartiger Bedeutung und Dringlichkeit in das Plenum hochziehen würde, dann bräuchte er für eine Legislaturperiode nach meiner Schätzung mindestens acht Jahre.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber wir sind hier im Bayerischen Landtag und wissen eh nicht, was wir heute Abend noch anstellen sollen. Deshalb behandeln wir diesen an Überflüssigkeit wirklich nicht mehr zu überbietenden Antrag der SPD-Fraktion auch noch im Plenum.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD):
(Beitrag nicht autorisiert) Sie haben wohl ein Problem mit dem Mindestlohn?)

Kolleginnen und Kollegen, dieser Antrag ist deshalb überflüssig, weil die Europäische Union noch nicht einmal eine Rechtsetzungskompetenz im Bereich des Arbeitsentgelts hat.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Dann kämpfen wir dafür!

Bitte schauen Sie nach: Es gibt nicht einmal eine Rechtsgrundlage für eine auf das Arbeitsentgelt bezogene Rechtsetzungskompetenz der Europäischen Union.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Setzen wir uns dafür ein!

Daran vermag die Tatsache nichts zu ändern, dass die Koalitionäre auf Bundesebene in ihrer Umnachtung – ich war nicht dabei – diesen Satz in den Koalitionsvertrag geschrieben haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) War die CSU auch umnachtet?)

Unabhängig von alledem möchte ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen – im Ausschuss habe ich es in der gebotenen Kürze gesagt –: Mit unserem Verständnis von Subsidiarität ist es nicht ansatzweise in Einklang zu bringen, dass wir im Bayerischen Landtag einen europäischen Mindestlohn fordern. In 22 Ländern der Europäischen Union gibt es bereits einen Mindestlohn. Tun Sie also nicht so, als ob es diesen nicht gäbe!